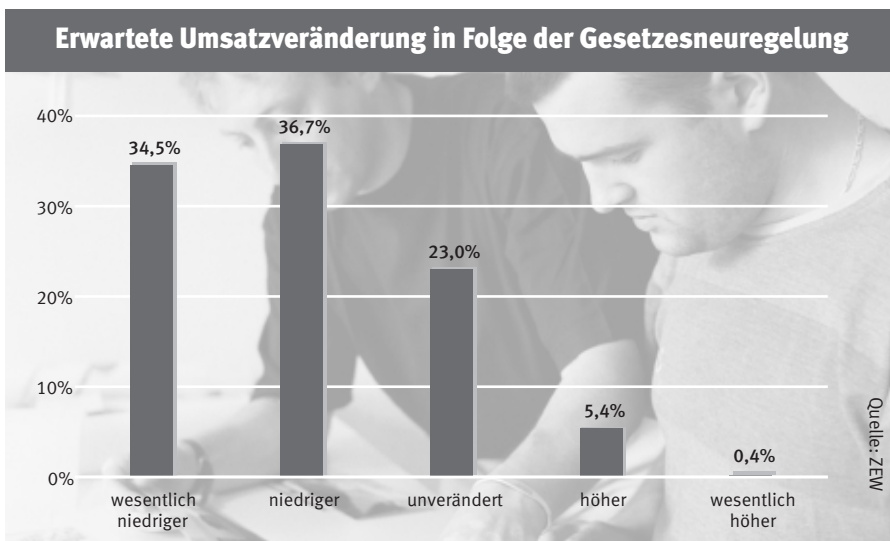


## Zeitarbeitsbetriebe: Hartz-Gesetze steigern Kosten, vermindern Umsätze

Der Großteil der Zeitarbeitsbetriebe in Deutschland erwartet von den Neuregelungen durch die Hartz-Gesetze keine positiven Impulse, sondern befürchtet steigende Personalkosten und sinkende Umsätze. Nur wenige Zeitarbeitsbetriebe möchten als Personal-Service-Agenturen tätig werden. Dies zeigt eine ZEW-Umfrage, an der sich von Anfang April bis Mitte Juni 2003 insgesamt 471 Zeitarbeitsbetriebe beteiligt haben. Sie ist die bisher größte Erhebung in der deutschen Zeitarbeitsbranche außerhalb der amtlichen Statistik.



■ Das im Dezember 2002 verabschiedete „Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ sieht gleiche Arbeitsbedingungen für Zeitarbeitnehmer und regulär Beschäftigte vor. Es räumt tarifvertraglichen Regelungen Vorrang vor gesetzlichen Vorschriften ein und enthält Vorschriften zu den Personal-Service-Agenturen (PSA), die künftig im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslose als Zeitarbeitnehmer entleihen sollen. Mehr als 85 Prozent der vom ZEW befragten Zeitarbeitsbetriebe erwarten, dass ihre Personalkosten in Folge der neuen gesetzlichen Vorschriften

steigen werden. Fast die Hälfte der Betriebe geht sogar von wesentlich höheren Personalkosten aus.

Nicht ganz so einheitlich ist das Bild, wenn die Betriebe nach den Auswirkungen auf ihre Umsätze gefragt werden. Mehr als 70 Prozent rechnen damit, dass ihre Umsätze zurückgehen werden. Andererseits erwarten knapp 30 Prozent der Betriebe, dass sich die Umsätze nicht ändern oder sogar leicht steigen werden. Mit sinkenden Umsätzen rechnen vor allem diejenigen Zeitarbeitsbetriebe, die sich in starkem Wettbewerb mit anderen Anbietern befinden.

Nur eine Minderheit von etwa zehn Prozent der Zeitarbeitsbetriebe ist daran interessiert, als PSA tätig zu werden. Für rund 40 Prozent der Betriebe kommt dies überhaupt nicht in Frage. Zeitarbeitsbetriebe mit mehr als 75 Zeitarbeitnehmern zeigten sich eher interessiert als kleinere Entleiher, die den überwiegenden Teil der Zeitarbeitsbranche ausmachen.

Erstmals wurden in der Befragung auch Informationen über die Höhe der Entleihsätze erhoben, die Zeitarbeitsbetriebe den Nutzerunternehmen für die Entleihung von Zeitarbeitnehmern berechnen. Da die Hartz-Gesetze hier noch nicht greifen, spiegeln die Angaben die Situation vor der Neuregelung wider. Die

### In dieser Ausgabe

Zeitarbeitsbetriebe: Hartz-Gesetze steigern Kosten, vermindern Umsätze . . . . .	1
Dienstleister der Informationsgesellschaft: Silberstreif am Horizont . . . . .	2
Betriebsräte erhöhen Effektivität von Mitarbeiterbeteiligung . . . . .	3
Unternehmen begegnen dem IKT-Fachkräftebedarf mit Weiterbildung . . . . .	4
ZEW-Konferenz . . . . .	5, 6, 7, 8
ZEW intern . . . . .	8, 9
ZEW-Neuerscheinungen . . . . .	10
Daten und Fakten . . . . .	11
Standpunkt . . . . .	12

## ZEW-Forschungsergebnisse

meisten Zeitarbeitsbetriebe fordern derzeit Entleihsätze etwas unterhalb der Kosten, die ein Nutzerbetrieb für eine ähnlich qualifizierte, fest angestellte Arbeitskraft aufwenden muss. Dabei gibt es jedoch große Unterschiede je nach Qualifikation des entliehenen Zeitarbeit-

nehmers. Billiger als regulär Beschäftigte sind vor allem gering qualifizierte Leiharbeiter. Daher ist zu erwarten, dass sich durch Anwendung der Hartz-Gesetze mit ihrer Gleichbehandlungsvorschrift vor allem in diesem Segment des Arbeitsmarkts die Leiharbeit verteu-

ert und die Zahl der Entleihungen sinkt. Die Broschüre „Perspektiven der Zeitarbeit“ kann unter <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/zeitarbeit.pdf> im Internet heruntergeladen werden. ◀

*Dr. Bernhard Boockmann, boockmann@zew.de;  
Andreas Ammermüller, ammermueller@zew.de*

# Dienstleister der Informationsgesellschaft: Silberstreif am Horizont?

Die saisonbereinigte jährliche Umsatzwachstumsrate im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft ist leicht von 1,7 Prozent im Vorquartal auf 1,8 Prozent im zweiten Quartal 2003 gestiegen. Auch wenn das Wachstumsniveau nicht den Stand des zweiten Quartals 2002 erreicht hat, so zeugen doch die positiven Erwartungen für das dritte Quartal 2003 von einer besseren Grundstimmung als vor einem Jahr. Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform im Juni und Juli 2003 durchgeführt hat.

■ An der Umfrage von ZEW und Creditreform beteiligten sich rund 1.100 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Der leichte Anstieg der jährlichen Umsatzwachstumsrate der Dienstleister der Informationsgesellschaft wird von einer positiven Umsatzentwicklung bei den westdeutschen Unternehmen des Wirtschaftszweigs getragen. Bei ihnen ist die jährliche Umsatzwachstumsrate im zweiten Quartal 2003 auf 2,2 Prozent gestiegen (erstes Quartal: 2,1 Prozent). Bei den ostdeutschen Dienstleistern der Informationsgesellschaft hat sich die Konjunktur hingegen nicht stabilisiert. Hier liegt die jährliche Umsatzwachstumsrate im zwei-

ten Quartal 2003, wie schon im Vorquartal, bei -0,1 Prozent.

Die Nachfrage hat sich sowohl bei den westdeutschen als auch bei den ostdeutschen Dienstleistern der Informationsgesellschaft im zweiten Quartal 2003 gegenüber dem ersten Quartal 2003 leicht verbessert. Der Saldo aus positiven und negativen Veränderungen der Nachfrage ist für den gesamten Wirtschaftszweig zwar noch immer negativ, ist aber von -14 auf -8 Prozentpunkte gestiegen. Für die ostdeutschen Unternehmen erreicht der Saldo aus positiven und negativen Nachfrageänderungen mit -15 Prozentpunkten erstmals wieder das Niveau des ersten Quartals 2002.

### Positive Erwartungen

Die Erwartungen der westdeutschen Dienstleister der Informationsgesellschaft für ihre wirtschaftliche Entwicklung im dritten Quartal 2003 lassen hoffen, dass sich zumindest bei den westdeutschen Unternehmen des Wirtschaftszweigs die konjunkturelle Lage in der zweiten Jahreshälfte 2003 erholt. Der Saldo aus positiven und negativen Er-

wartungen ist hier für Umsatz, Nachfrage und Ertrag positiv. Die ostdeutschen Dienstleister der Informationsgesellschaft hingegen sehen ihre nahe Zukunft pessimistischer als ihre westdeutschen Konkurrenten. Der Saldo aus positiven und negativen Umsatzerwartungen ist zwar auch bei den ostdeutschen Unternehmen positiv, aber auf deutlich niedrigerem Niveau als in Westdeutschland. Bei Nachfrage und Ertrag überwiegt bei den ostdeutschen Unternehmen per Saldo der Umsatzanteil der Unternehmen, die von einer Verschlechterung dieser konjunkturellen Indikatoren ausgehen.

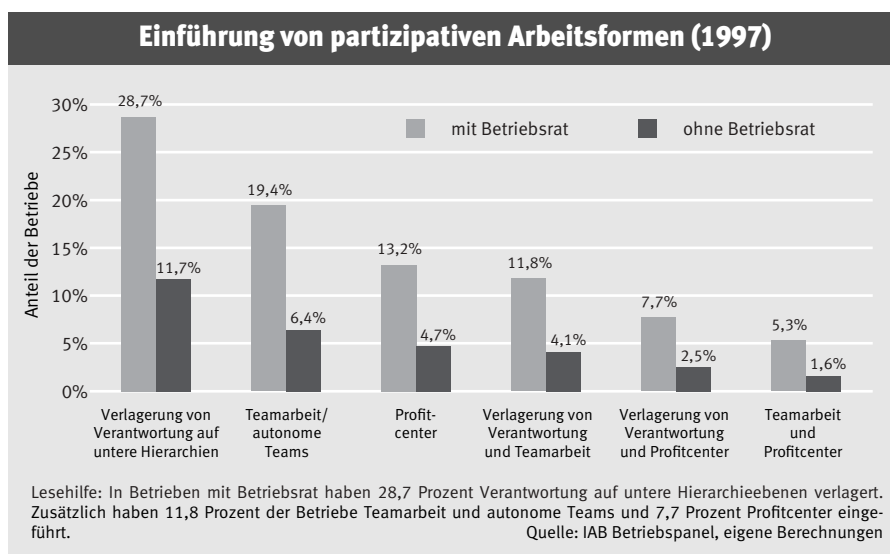
Hinsichtlich der Entwicklung des Personalbestands im Wirtschaftszweig überwiegt der Umsatzanteil der Unternehmen, die erwarten, im dritten Quartal 2003 Personal abzubauen, den Umsatzanteil derjenigen, die erwarten, Personal einzustellen. Positiv ist, dass der Umsatzanteil der Unternehmen, die damit rechnen, im dritten Quartal Personal entlassen zu müssen (etwa 20 Prozent), deutlich unter dem Umsatzanteil der Unternehmen liegt, die im zweiten Quartal Personal abgebaut haben (etwa 45 Prozent). ◀

*Margit Vanberg, vanberg@zew.de*

## ZEW-Forschungsergebnisse

# Betriebsräte erhöhen Effektivität von Mitarbeiterbeteiligung

Betriebsräte tragen dazu bei, vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen zwischen Management und Belegschaft aufzubauen. Deshalb können Betriebsräte dem Management helfen, beispielsweise über organisatorische Änderungen die Mitarbeiter stärker an der Betriebsorganisation zu beteiligen. Andererseits wird häufig argumentiert, dass Betriebsräte versuchen, die Änderungen in ihrem Sinne und gegen das Interesse der Manager zu beeinflussen. Eine neue ZEW-Studie untersucht deshalb erstmals, ob die positiven Effekte von Mitarbeiterbeteiligung durch Betriebsräte gefördert oder behindert werden.



■ Mitarbeiterbeteiligung ist ein erprobtes Mittel zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben. Mitarbeiter, die die Betriebsabläufe beeinflussen können, sind häufig motivierter und denken unternehmerischer. In Deutschland gibt es zwei grundsätzlich unterschiedliche Wege zu mehr Beteiligung der Mitarbeiter. Zum einen kann die Initiative zu so genannten partizipativen Arbeitsformen, wie Gruppenarbeit, selbstständigen Arbeitsgruppen oder flachen Hierarchien, vom Management ausgehen. Zum anderen kann die Belegschaft fordern, über Betriebsräte stärker an Betriebsentscheidungen beteiligt zu werden.

Die Zusammenhänge zwischen beiden Formen der Mitarbeiterbeteiligung sind bisher noch ungeklärt. Einerseits können Betriebsräte die Einführung und Umsetzung organisatorischer Änderungen, die häufig auf Widerstand bei den Beschäftigten stoßen, erleichtern, indem

sie zwischen den Interessen der Geschäftsführung und denen der Belegschaft vermitteln und ein Vertrauensverhältnis herstellen. Andererseits können sie die Einführung von partizipativen Organisationsformen behindern, um ihre Position nicht zu gefährden oder Aspekte der Organisationsänderung zu verhindern, die zwar für den Betrieb positiv sind, aber die Beschäftigten einseitig belasten, wie zum Beispiel Entlassungen oder Versetzungen.

Auf den ersten Blick fördern Betriebsräte die Einführung von partizipativen Maßnahmen (siehe Tabelle). So führen Betriebe mit Betriebsräten alle Maßnahmen, die die Mitarbeiterbeteiligung verstärken, häufiger durch als Betriebe ohne Betriebsräte. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass Unternehmen mit Betriebsräten zum Beispiel im Durchschnitt deutlich größer sind als Betriebe ohne Betriebsräte. Deshalb berücksichtigt die ZEW-Studie (ZEW Dis-

cussion Paper No. 03-47) bei der Berechnung des Einflusses von Betriebsräten auf die Produktivitätswirkung von Mitarbeiterbeteiligung, die vom Management veranlasst wurde, dass es strukturelle Unterschiede zwischen Betrieben mit und ohne Betriebsrat gibt.

## Mitarbeiterbeteiligung verbessert Produktivität

Die Ergebnisse zeigen, dass das Management insbesondere in Betrieben mit Produktivitätsdefiziten Maßnahmen ergreift, um die Mitarbeiterbeteiligung zu erhöhen. Das damit verfolgte Ziel – die Produktivität zu verbessern – wird erreicht. So war die Bruttowertschöpfung in Betrieben, die zwischen 1996 und 1997 Gruppenarbeit, Profitcenter und/oder flache Hierarchien eingeführt haben, im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2000 deutlich höher als in Betrieben ohne diese Maßnahmen. Betrachtet man die Produktivitätsentwicklung der Betriebe mit und ohne Betriebsrat getrennt, zeigt sich jedoch, dass ausschließlich in Betrieben mit Betriebsräten die Produktivität gestiegen ist. In Betrieben ohne Betriebsräte hatte die Einführung von partizipativen Arbeitsformen keinen messbaren Einfluss auf den erwirtschafteten Umsatz abzüglich der Vorleistungen. Aus diesem Ergebnis kann geschlossen werden, dass Betriebsräte in Deutschland eine positive Rolle bei der Einführung und Umsetzung von organisatorischen Änderungen spielen, mit denen das Management die Beteiligung von Mitarbeitern am Betriebsgeschehen erhöhen will. ◀

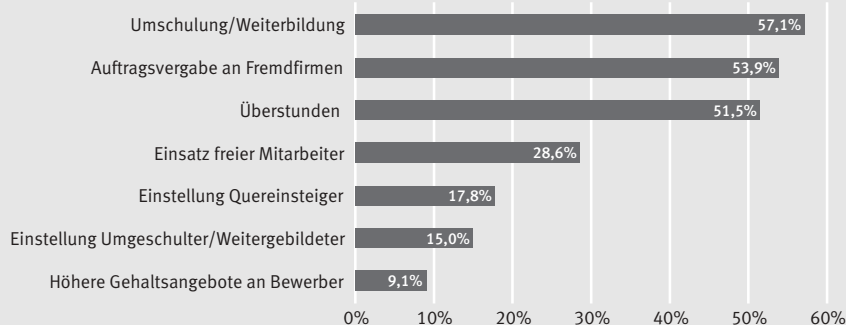
Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

## ZEW-Forschungsergebnisse

# Unternehmen begegnen dem IKT-Fachkräftebedarf mit Weiterbildung

Für fast ein Drittel der Unternehmen in Deutschland stellt der Mangel an qualifizierten Fachkräften ein Hemmnis für ein stärkeres Engagement in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) dar. Im Vergleich zu vor zwei Jahren hat der akute Mangel an IKT-Fachkräften jedoch merklich nachgelassen. Die Unternehmen decken ihren Fachkräftebedarf vor allem über Weiterbildung für die Mitarbeiter, Outsourcing von IKT-Dienstleistungen und Überstunden. Dies geht aus einer repräsentativen Unternehmensbefragung hervor, die das ZEW mit finanzieller Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg durchgeführt hat.

### Maßnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs



Lesehilfe: 51,5 Prozent der Unternehmen mit IKT-Fachkräftebedarf setzen Überstunden zur Deckung des Fachkräftebedarfs ein.

Anmerkung: Angaben hochgerechnet auf die der Befragung zugrunde liegende Grundgesamtheit.

Quelle: ZEW

Das ZEW hat im vierten Quartal 2002 rund 4.500 Unternehmen mit fünf oder mehr Beschäftigten aus dem verarbeitenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungssektoren in Deutschland zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) befragt.

### IKT-Fachkräftemangel rückläufig

Insgesamt 2,8 Prozent der Unternehmen suchten Ende 2002 zum nächstmöglichen Einstellungstermin IKT-Fachkräfte. Das sind 3,5 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2000. Auch die Anzahl der zum nächstmöglichen Einstellungstermin gesuchten IKT-Fachkräfte ist stark gesunken. Betrug sie 2000 noch 81.000, lag sie 2002 bei lediglich rund 14.000.

Am höchsten ist der Mangel an IKT-Fachkräften in den IKT-intensiven Dienstleistungssektoren. Insbesondere in der EDV-Branche würden gern mehr als 14 Prozent der Unternehmen IKT-Fachkräfte einstellen. Es folgen Banken und Versi-

cherungen sowie technische Dienstleister, bei denen in jeweils gut sechs Prozent der Unternehmen IKT-Stellen nicht besetzt sind. Im verarbeitenden Gewerbe führt die Elektrotechnik: Hier sind in gut sieben Prozent der Unternehmen Stellen für IKT-Fachkräfte nicht besetzt.

Zum Rückgang des Fachkräftemangels hat nicht nur die seit Ende 2000 anhaltende konjunkturelle Schwäche beigetragen, sondern auch die im Sommer 2000 eingeführte Green-Card-Regelung für hoch qualifizierte ausländische IKT-Fachkräfte. Bis Ende 2002 wurden mehr als 13.000 Green Cards vergeben. Den Fachkräftemangel zusätzlich gemindert haben dürfte aber auch der Umstand, dass Unternehmen durch die steigende Leistungsfähigkeit des Internets immer besser IKT-Dienstleistungen an Fremdfirmen vergeben können.

Insgesamt knapp 36 Prozent der Unternehmen hatten in den vergangenen beiden Jahren Bedarf an IKT-Fachkräften, das heißt sie haben IKT-Fachkräfte be-

schäftigt oder Ende 2002 IKT-Fachkräfte zum nächstmöglichen Einstellungstermin gesucht. Diese Unternehmen nutzten ein breites Spektrum von Maßnahmen, um ihren Fachkräftebedarf zu decken. Am häufigsten setzten sie mit einem Anteil von 57 Prozent auf verstärkte Umschulung und Weiterbildung der Mitarbeiter. Die Vergabe von Aufträgen an Fremdfirmen rangiert an zweiter Stelle und wurde von 54 Prozent der Unternehmen mit Fachkräftebedarf in Anspruch genommen. Rund 52 Prozent der Unternehmen ordneten außerdem Überstunden an. Weniger attraktiv scheinen die Einstellung von umgeschulten, bereits weitergebildeten Mitarbeitern (15 Prozent) und die Erhöhung der Gehaltsangebote an Bewerber (neun Prozent) zu sein.

Insgesamt bilden, wie bereits vor zwei Jahren, rund fünf Prozent aller Unternehmen in den neuen IT-Ausbildungsberufen IT-System-Elektroniker/-in, Fachinformatiker/-in, IT-System-Kaufmann/-frau sowie Informatikkaufmann/-frau aus, wobei sich große Unternehmen am stärksten engagieren. So bilden mehr als 45 Prozent der großen Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe (ab 500 Beschäftigte) und fast 30 Prozent der großen Unternehmen im Dienstleistungssektor (ab 200 Beschäftigte) aus. Die EDV-Branche liegt mit mehr als 40 Prozent an ausbildenden Unternehmen an erster Stelle, mit einigem Abstand gefolgt von der Elektrotechnik-Branche mit knapp 16 Prozent. Das Schlusslicht bilden der Groß- und Einzelhandel sowie der Verkehr. In diesen Branchen ist jedoch auch der Bedarf an IKT-Fachkräften relativ gering. ◀

Irene Bertschek, Dr. en sc. écon.,  
bertschek@zew.de

## ZEW-Konferenz

### Innovation, Standortwahl und Europäische Integration

■ Vom 23. bis 26. Juni 2003 fand der fünfte ZEW Summer Workshop statt, organisiert vom ZEW-Forschungsbereich „Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung“ in Kooperation mit dem Centre for Economic Policy Research (CEPR) im Rahmen des Research and Training Networks „The Economic Geography of Europe“. Die Fritz Thyssen Stiftung leistete finanzielle Unterstützung. Unter dem Oberthema „Innovation, Standortwahl und europäische Integration“ gaben renommierte Referenten einen Überblick über den aktuellen

Stand der Forschung zu dieser Thematik und diskutierten mit in- und ausländischen Nachwuchsforschern über deren eigene Forschungsarbeiten.

Prof. Richard Baldwin (Graduate Institute for International Studies, Genf), Dr. Henry Overman (London School of Economics) und Prof. Konrad Stahl (Universität Mannheim) beschäftigten sich in ihren Vorlesungen mit dem aktuellen Stand der theoretischen Grundlagen der so genannten neuen ökonomischen Geographie und deren ökonomischer Umsetzung. Besondere Aufmerksamkeit

schenkten sie dabei aktuellen Trends in der Forschung, bislang ungelösten Fragen und Erfolg versprechenden Ansätzen für weitere Forschungsarbeiten. Richard Baldwin konzentrierte sich auf die neue geographische Ökonomie, die auf gesamtwirtschaftlichen Handels- und Wachstumsmodellen basiert. Konrad Stahl gab eine Übersicht über mikroökonomische Agglomerationstheorien, aus denen Erklärungsansätze hervorgehen, die die Ansätze der neuen geographischen Ökonomie ergänzen oder zu konträren Aussagen kommen. Er ergänzte seine Darstellung mit Überlegungen zur empirischen Überprüfung dieser Erklärungsansätze. Dieses vertiefte Henry Overman, der sowohl die Ergebnisse aktueller empirischer Arbeiten vorstellte als auch die Vor- und Nachteile unterschiedlicher ökonomischer Ansätze zur Umsetzung der genannten Theoriefamilien erläuterte.

Die Konferenzbeiträge der Referenten und der Teilnehmer können unter [www.zew.de/summerworkshop2003](http://www.zew.de/summerworkshop2003) im Internet heruntergeladen werden. Dort finden sich auch Hinweise auf die zugrunde liegende Literatur. ◀

Stefan Lutz, Ph.D., [lutz@zew.de](mailto:lutz@zew.de)



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des fünften ZEW Summer Workshops.

### Konferenzbeiträge der Nachwuchswissenschaftler

Luisito Bertinelli (Université Catholique de Louvain, CORE): *Coagglomeration and Growth*  
 Christoph Alsleben (Universität Dortmund): *New Empirical Evidence on the Geographic Concentration of German Industries: Do Clusters Really Matter?*

Holger Graf (Universität Jena): *Cooperation, Specialization and Patenting in German Technology Regions*

Vincent Dupont (Université Lille I): *Regional Policies and Inequalities: Are Subsidies Good for You?*

Stefanie Haller (European University Institute, Florenz): *More Intra-Region Direct Investment Through Economic Integration? Modelling the Experience of the EU's Single Market*

Giordano Mion (Université Catholique de

Louvain, CORE): *Spatial Externalities and Empirical Analysis: The Case of Italy*

Antonella Nocco (University Lecce): *The Rise and Fall of Regional Inequalities with Technological Differences and Knowledge Spillovers*

Volker Nitsch (Bankgesellschaft Berlin): *Trade Openness and Urban Concentration: New Evidence*

Giovanni Peri (University of California at Davis): *Knowledge Flows and Innovation*

Maria Luz Garcia Vega (Universidad Carlos III de Madrid): *Technological Diversification and Innovation in EU Firms*

Pascal Mossay (Universidad Alicante): *Economic Geography and Rational Expectations*

Kristina Nyström (Jönköping International Business School): *The Dual Role of Innova-*

*tion for Entry and Exit Behaviour*

Luis Peres Lopes (Universidade de Coimbra): *Border Effects and Effective Transport Cost*

Lucas Vogel (Universität Bayreuth): *Economic Integration and Regional Development: Are European Regions Converging?*

Susanna Thede (University Lund): *Endogenous Trade Policies, the Location of Production and Inter-Industry Input-Output Linkages*

Farid Toubal (Universität Kiel): *Foreign Direct Investment in Central and Eastern European Countries: A Dynamic Panel Analysis*

Christian Volpe Martincus (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Universität Bonn): *Do Mercosur and Fiscal Competition Help to Explain Recent Locational Patterns in Brazil?*

## ZEW-Konferenz

### Zukunft der Finanzmarktaufsicht in der Europäischen Union

■ Das ZEW veranstaltete am 10. und 11. Juli 2003 in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration (AEI) eine internationale Konferenz mit dem Titel „Regulation and Supervision of Financial Markets and Institutions in the EU“. Die Konferenz wurde unterstützt durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).

Als Folge der Integration der Finanzmärkte in Europa lösen sich sowohl sektorale als auch nationale Grenzen auf. Da Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte letztlich der Marktentwicklung folgen müssen, fordert dieser Prozess eine Reform des Aufsichts- und Regulierungssystems. Eine Reform findet dabei auf zwei Ebenen statt: Auf nationaler Ebene haben erst kürzlich Länder wie Großbritannien, Deutschland und Österreich ihre spezialisierten Behörden für die Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht durch Allfinanzaufseher ersetzt. Aber auch auf europäischer Ebene macht die zunehmende Integration der nationalen Finanzmärkte eine Anpassung der Aufsichtsstrukturen erforderlich.

#### Europäische Aufsicht notwendig?

Dabei stellen sich unter anderem die Fragen: Ist eine Aufsichtsstruktur auf europäischer Ebene notwendig? Wenn ja, wie sollte diese Struktur aussehen? Welche Rolle sollte der Europäischen Zentralbank zukommen? Ist eine integrierte Aufsicht notwendig? Auf der Konferenz diskutierten Wissenschaftler, Politiker, Zentralbanker und Praktiker aus der Finanzindustrie diese Themen.

Den Ausgangspunkt stellten mehrere Vorträge zum Thema „Systemrisiko und Stabilität im Bankenmarkt“ dar. Matthieu Bussiere und Marcel Fratzscher (Europäische Zentralbank) präsentierten ein Papier, in dem sie ein ökonomisches Modell zur Prognose von Finanzkrisen entwickeln. Elena Carletti (Universität Mannheim) referierte über den Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Stabilität im Bankenmarkt und stellte fest, dass der oftmals anerkannte Zielkonflikt nicht grundsätzlich gültig ist.

Anschließend stellte Martin Schüler (ZEW) ein Papier vor, in dem er die Entwicklung des Systemrisikopotenzials in Europa über die vergangenen Jahre ab-



Norbert Walter (Deutsche Bank)

schätzt. Von einer makroökonomischen Perspektive beleuchtete Martin Hellwig (Universität Mannheim) Risiko im Bankenmarkt und Bankenregulierung. Von Regulierseite sei es wichtig, sich auf die Anreize zu konzentrieren, die Banken haben, an systemischen und makroökonomischen Risiken zu partizipieren. Daniel E. Nolle (Office of the Comptroller of the Currency, Washington) befasste sich in seinem Vortrag mit den Zusammenhängen zwischen Struktur, Umfang und Unabhängigkeit der Bankenaufsicht sowie deren Einfluss auf Bankperformance.

Zur Lösung von Bankenkrisen präsentierte Glenn Hoggarth (Bank of England) ein Papier. Dabei betonte er vor allem die Bedeutung privatwirtschaftlicher Lösungsansätze, um Moral Hazard Verhalten zu verhindern. Die Kosten der Finanzmarktregulierung untersuchte Clive Briault (Financial Services Authority) in seinem Vortrag. Edgar Meister (Deutsche Bundesbank) betonte in seiner Rede die Notwendigkeit und die Bedeutung der Mitwirkung von Zentralbanken bei der Bankenaufsicht. Im Mittelpunkt eines Beitrags von Friedrich Heinemann (ZEW) stand die Einsicht, dass Regulierung nicht unbedingt immer nur auf die Maximierung des Gemeinwohls gerichtet ist,

sondern oft auch den Interessen der regulierten Industrie folgt. Andreas Busch (University of Oxford) betonte in seinem Vortrag die persistente Divergenz nationaler Regulierungssysteme.

Dem Thema „Implementierung und Konsequenzen von Basel II“ war ebenfalls eine Sitzung gewidmet, zu der Gregor Taistra (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und Katja Pluto (Deutsche Bundesbank) beitrugen. Bezüglich der EU-Osterweiterung beleuchtete Krzysztof Markowski (Nationalbank Polen) die Imple-



Edgar Meister (Deutsche Bundesbank)

mentierung der EU-Bankenstandards in Polen, und Neven Borak (Securities Market Agency of Slovenia) stellte die Erfahrungen mit der Finanzmarktregulierung in Slowenien vor. Den Erfahrungen und Hintergründen der integrierten Finanzdienstleistungsaufsicht war die Sitzung zur sektorübergreifenden Aufsicht gewidmet, zu der Karl-Olof Hammarkvist (Stockholm School of Economics) und Andreas Grünbichler (Finanzmarktaufsicht Österreich) beitrugen. Die letzte Sitzung befasste sich dann mit dem sogenannten „Lamfalussy-Ansatz“ in der Finanzmarktgesetzgebung. Hierzu trugen Norbert Walter (Deutsche Bank) und Konrad Schwaiger (Mitglied des Europäischen Parlaments) bei.

Die Konferenzbeiträge können im Internet unter [www.zew.de/supervision](http://www.zew.de/supervision) heruntergeladen werden. ◀

Martin Schüler, [schueler@zew.de](mailto:schueler@zew.de)

## ZEW-Konferenz

### Ökonomische Aspekte von Informations- und Kommunikationstechnologien

■ Am 4. und 5. Juli 2003 veranstaltete das ZEW zum dritten Mal eine Konferenz zum Thema „The Economics of Information and Communication Technologies“. Die Konferenz wurde durch die finanzielle Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ermöglicht. Mehr als 50 international anerkannte Wissenschaftler aus Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie aus Israel, Kanada und den USA trugen zu Vorträgen und Diskussionen bei. Das wissenschaftliche Komitee, bestehend aus David Autor (MIT, USA), Ernst R. Berndt (MIT Sloan School of Management, USA), Karen B. Clay (Carnegie Mellon University, USA), Oliver Fabel (Universität Konstanz), Francis Kramarz (CREST-INSEE, Frankreich), Georg Licht (ZEW), Martin Peitz (Universität Mannheim) und Konrad Stahl (Universität Mannheim), begutachtete eine Vielzahl eingereicherter Papiere und trug so maßgeblich zur Erstellung eines interessanten Programms bei.

#### Auswirkung von IKT auf Wachstum

Ziel der Konferenz war es, neue Forschungsergebnisse zu den ökonomischen Aspekten von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) vorzustellen und kritisch zu diskutieren. Zentrale Themengebiete waren die Auswirkungen der IKT-Diffusion auf Produktivität und Wachstum sowie die ökonomischen Besonderheiten von digitalen Märkten und der Telekommunikation. Die insgesamt 31 vorgestellten Papiere behandelten, wie bereits in den vergangenen Jahren, sowohl mikroökonomische als auch makroökonomische Aspekte von IKT und umfassten sowohl theoretische als auch empirisch-ökonomische Studien.

In der Eröffnungsveranstaltung präsentierte Paul Chwelos (University of British Columbia, Kanada) einen Ansatz, der es ermöglicht, räumliche Mobilität in der Computernutzung ökonomisch zu bewerten. Er entwickelte am Beispiel von Per-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der dritten IKT-Konferenz.

sonal Digital Assistants (PDAs) einen Preisindex, der die Vorteile dieser Mobilität berücksichtigt. Anschließend stellte Jack E. Triplett (Brookings Institution, USA) eine empirische Studie vor, die den Einfluss von IKT auf den Anstieg der Arbeitsproduktivität im Dienstleistungssektor in den 1990er Jahren in den USA untersucht. Er zeigte, dass das Ausmaß des IKT-Einflusses erheblich war. Allerdings war dieser Einfluss nach 1995, also in dem Zeitraum, in dem ein besonders starker Produktivitätsanstieg beobachtet werden konnte, nicht höher als zuvor. Auf der anderen Seite wuchs die Multifaktorproduktivität im Dienstleistungssektor nach 1995 besonders stark und spielte daher, neben einer verbesserten IKT-Kapitalausstattung, eine entscheidende Rolle bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität.

#### Analyse digitaler Märkte

Im Folgenden wurden insgesamt 28 Vorträge gehalten, deren thematische Schwerpunkte insbesondere in der Analyse digitaler Märkte lagen. So wurden beispielsweise die Online-Angebote von Musik, Zeitungen und Zeitschriften sowie von Kontaktlinsen hinsichtlich Wettbewerb und Preisbildung untersucht. Einige

Konferenzbeiträge thematisierten Probleme, die spezifisch für elektronische Märkte sind, wie beispielsweise Vertrauensmissbrauch, Hackerangriffe und Internetpiraterie. Weitere Vorträge bezogen sich auf die arbeitsmarktökonomischen Auswirkungen der IKT-Nutzung hinsichtlich Lohnstruktur, Qualifikationsanforderungen und Weiterbildung. Bei einigen Sitzungen stand der Wettbewerb auf Telekommunikationsmärkten im Mittelpunkt. Ebenso wurden Fragen zu Open Source Software und der Innovation von Netzwerkprodukten behandelt.

In der abschließenden Veranstaltung stellte Karen Clay (Carnegie Mellon University, USA) eine US-amerikanische Studie vor, die das Lernverhalten von Konsumenten bei unvollständiger Information am Beispiel eines Internet-Lebensmittelhändlers analysiert. Die Untersuchung geht dabei auf Wohlfahrtsaspekte und mögliche Preisdiskriminierungsstrategien des Monopolisten ein.

Das Programm der Konferenz kann im Internet unter [www.zew.de/ikt-konferenz](http://www.zew.de/ikt-konferenz) eingesehen werden. Hier können auch die Konferenzbeiträge herunter geladen werden. ◀

Irene Bertschek, Dr. en sc. éc.,  
bertschek@zew.de;  
Katrin Schleife, schleife@zew.de

## Konferenz

### Zur Europäischen Konferenz der Umwelt- und RessourcenökonomInnen

■ Seit 1990 findet jährlich eine Konferenz der European Association of Environmental and Resource Economists (EAERE) statt, dieses Mal vom 26. bis 30. Juni 2003 in Bilbao. Aus mehr als 500 Bewerbungen waren rund 250 Vorträge ausgewählt worden. Mit elf Präsentationen von sieben Mitarbeitern war das ZEW hier sehr gut vertreten.

Die Vorträge wurden in Parallelsessions präsentiert und diskutiert; hinzu kamen Plenarveranstaltungen mit prominenten Gastrednern. Auf der Konferenz beleuchtete Carlo Carraro (FEEM) Anreizprobleme und potenzielle Paradoxa bei internationalem Klimaschutz, einem Forschungsgebiet, das auch am ZEW in zahlreichen Projekten bearbeitet wird. Kathleen Segerson (University of Connecticut) beschäftigte sich in ihrem Plenumsvortrag mit Anreizmechanismen für einzelne Akteure, deren individueller Beitrag zum Ergebnis einer Gruppe extern nicht beobachtbar ist. Sie diskutierte Konsequenzen für die Ausgestaltung von Haftungsregeln im Umweltrecht und für die Wirksamkeit von freiwilligen Selbstverpflichtungen. Erwin Bulte (Tilburg University) identifizierte in seinem Vortrag zu „Handel, erneuerbaren Ressourcen und Biodiversität“ bestehenden Forschungsbedarf in diesem Gebiet. In einer Panel-Diskussion zur Ölverschmutzung durch das Prestige-Tankerunglück vor der galizischen Küste wurden Probleme des beste-

henden Umwelthaftungsrecht sowie das Problem der Bewertung der durch die Verschmutzung induzierten Kosten thematisiert. In einer Plenumsdiskussion unter Leitung von EAERE-Präsident Klaus Conrad (Universität Mannheim) diskutierten Christoph Böhringer (ZEW), Charles Kolstad (University of California, Santa Barbara) und Peter Zapfel (EU Kommission) Perspektiven der internationalen Klimapolitik und des Kioto-Protokolls. Trotz seiner absehbar geringen ökologischen Wirkung wurde das Kioto-Protokoll übereinstimmend als wichtiger institutioneller Rahmen für die zukünftige internationale Klimapolitik gewürdigt. Die Wiedereinbindung der USA und die mittel- bis langfristige Integration der Entwicklungsländer wurden als unabdingbar gesehen.

#### Forschung zu Ressourcennutzung

Neben dem Dauerthema Klimapolitik und der Ausgestaltung entsprechender umweltpolitischer Instrumente wurde in Bilbao ein Trend zur Untersuchung von Problemen aufgrund konfligierender Ressourcennutzung deutlich. Zahlreiche Sitzungen zu Fischerei und Wasser-Management – einem Thema, das auch am ZEW verfolgt wird – zeigen, dass hier Forschungsbedarf besteht.

Die Vorträge der ZEW-Mitarbeiter spielten das gesamte Spektrum der umweltökonomischen Arbeiten am ZEW wi-

der. So wurden zum Beispiel Ergebnisse einer ökonomischen Analyse des Einflusses von Nachhaltigkeit auf die Rendite europäischer Aktiengesellschaften präsentiert (Andreas Ziegler). Ein Vortrag zeigte die begrenzte Wirksamkeit freiwilliger Selbstverpflichtungen der Industrie (Manuel Frondel). Tim Hoffmann diskutierte sowohl die sektorspezifischen als auch die makroökonomischen Auswirkungen eines Kernenergieausstiegs in Europa. Zwei Beiträge (Christoph Böhringer) beschäftigten sich mit Wachstums- und Wohlfahrtseffekten verschiedener Ausgestaltungsformen einer ökologischen Steuerreform. Stefan Boeters diskutierte die Einbeziehung von Emissionen im Verkehrssektor in eine stringente Klimapolitik und die Bewertung von Kraftstoffeffizienzstandards als politisches Instrument. Effizienzeffekte verschiedener Allokationsregeln für Emissionszertifikate im gerade beschlossenen EU-Emissionshandelssystem präsentierte Andreas Lange. Neben der Effizienz im internationalen Klimaschutz ist die faire Verteilung der Kosten ein wichtiges Kriterium. Ein Vortrag (Andreas Lange) diskutierte hier grundlegende Anreizprobleme angesichts von Präferenzen für eine Annäherung der Pro-Kopf-Emissionen der einzelnen Länder. Verschiedene Burden-Sharing-Regeln wurden auch in der Präsentation der Ergebnisse einer Expertenbefragung zur Post-Kioto-Klimapolitik aufgegriffen (Christoph Böhringer). Andreas Löschel diskutierte Auswirkungen von Investitionsrisiken auf klimapolitisch motivierte Investitionen in Entwicklungsländern. Effekte von Unsicherheit waren auch Thema einer weiteren Arbeit zur optimalen Substitution alter durch neue riskante Schadstoffe (Andreas Lange).

Für die ZEW-Forscher hat die Konferenz zu neuen und zur Auffrischung von alten Kontakten geführt. Es fiel auf, dass osteuropäische Forscher unterrepräsentiert waren. Angesichts der Osterweiterung der EU und der Adaption der umweltrechtlichen Regelungen in den Beitrittsländern besteht hier auch für das ZEW zunehmender Beratungsbedarf. ◀

Andreas Lange, [lange@zew.de](mailto:lange@zew.de)

## ZEW intern

### Auszeichnung für Thomas Hempell

■ Der Wissenschaftler in der ZEW-Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien wurde auf der Jahrestagung der europäischen Gesellschaft für industrieökonomische Forschung (EARIE) mit dem Preis für den besten Konferenzbeitrag eines Nachwuchswissenschaftlers ausgezeichnet. Der Beitrag „Do Computers Call for Training? Firm-Level Evidence on Complementarities Between ICT and Human Capital Investments“ ist als ZEW Discussion Paper No. 03-20 im Internet verfügbar.





## ZEW intern

### Gastwissenschaftler Richard Deaves am ZEW



Professor Richard Deaves

■ Vom 19. bis 30. Mai 2003 hatte Prof. Richard Deaves zum zweiten Mal einen Gastaufenthalt im Forschungsbereich Internationale „Finanzmärkte, Finanzmanagement und Makroökonomie“. Richard Deaves lehrt an der kanadischen McMaster University in Hamilton, Ontario und befasst sich in den letzten Jahren besonders mit Behavioral Finance. Er führt in Kooperation mit dem Forschungsbereich Untersuchungen zum so genannten Overconfidence Bias durch. Der Overconfidence Bias besagt, dass Akteure an den Finanzmärkten ihre Prognosegüte systematisch überschät-

zen. Als Konsequenz kann sich beispielsweise ein höheres Transaktionsvolumen an den Kapitalmärkten ergeben. Die hierzu durchgeführten Forschungsarbeiten umfassen Experimente mit Studenten, die in Kanada und Deutschland durchgeführt wurden, sowie Auswertungen von Daten, die im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests gewonnen werden. Die Kooperation mit Professor Deaves ist inzwischen ein fester Bestandteil der Arbeiten des Forschungsbereichs geworden. ◀

Information:

Dr. Michael Schröder, [schroeder@zew.de](mailto:schroeder@zew.de)

## ZEW-Seminar

### Welche Eigenschaften haben inflationsindexierte Anleihen?

■ In den USA emittiert die Regierung seit 1997 regelmäßig Anleihen, deren Kupon von der erwarteten Inflationsentwicklung abhängt. Diese Anleihen bieten den Investoren Schutz gegen das Risiko der Geldentwertung, da sich der zu zahlende Kupon aus einem marktabhängigen Realzins und der erwarteten Entwicklung des US-Konsumentenpreisindex zusammensetzt. Prof. Richard Roll von der University of California, Los Angeles, hielt am 3. Juli 2003 auf Einladung von ZEW und Prof. Dr. Wolfgang Bühler, Universität Mannheim, einen Vortrag im ZEW-Seminar über die empirischen Eigenschaften dieser als TIPs (U.S. Treasury Inflation Protected Securities) bezeichneten Anleihen.

TIPs haben gegenüber den üblichen Nominalanleihen einige recht interessante Eigenschaften für Investoren. Beispielsweise ist die Volatilität der Kurse wesentlich geringer, da sie nur vom Realzins und nicht mehr von der erwarteten Inflation abhängt. Außerdem wiesen TIPs in den vergangenen Jahren eine relativ hohe Wertentwicklung auf. Ein Anleger,



Professor Richard Roll

der langfristig von einer wieder höheren Inflation ausgeht, sollte daher einen relativ hohen Anteil an TIPs in seinem Portfolio halten. Aus der Differenz der (realen) Rendite von TIPs und der nominalen Rendite einer normalen Staatsanleihe lassen sich außerdem die Markterwartungen zur künftigen Inflationsentwicklung ableiten.

Für die Emittenten haben inflationsindexierte Anleihen den Vorteil, dass die im

Nominalzins enthaltene Risikoprämie für zukünftige Inflation entfällt. Dadurch können die notwendigen Zinszahlungen des Staates deutlich sinken. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist nicht unerheblich, dass inflationsindexierte Anleihen einen disziplinierenden Effekt auf die Wirtschaftspolitik haben können. Denn die Regierung hat einen Anreiz, Inflationsgefahren zu begrenzen, damit ihre Zinszahlungen nicht steigen.

Obwohl inflationsindexierte Anleihen in Deutschland seit Beginn der Währungsunion erlaubt sind, gibt es bislang jedoch noch keine Emissionen der Bundesregierung. Auch in den anderen europäischen Ländern sind diese Anleihen nur wenig verbreitet. Es gibt vor allem in Großbritannien und seit 1999 auch in Frankreich inflationsindexierte Staatsanleihen in nennenswertem Umfang.

Die Studie von Prof. Roll kann im Internet unter [ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/Empirical\\_TIPs.pdf](ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/Empirical_TIPs.pdf) heruntergeladen werden. ◀

Information:

Dr. Michael Schröder, [schroeder@zew.de](mailto:schroeder@zew.de)

## ZEW-Neuerscheinungen

### ■ Discussion Papers

Beblo, Miriam; Beninger, Denis; Laisney, François: *Family Tax Splitting – A Microsimulation of its Potential Labour Supply and Intra-Household Welfare Effects in Germany*; No. 03-32.

Jacobebbinghaus, Peter; Steiner, Viktor: *Reforming Social Welfare as We Know It? A Microsimulation Study for Germany*, No. 03-33.

Lauer, Charlotte: *Education and Unemployment: A French-German Comparison*, No. 03-34.

Franz, Wolfgang: *Will the (German) NAIRU Please Stand up?*, No. 03-35.

Eberts, Elke: *The Connection of Stock Markets Between Germany and the USA –*

*New Evidence From a Co-Integration Study*, No. 03-36.

Zimmermann, Volker: *Innovationsaktivitäten von kmU im verarbeitenden Gewerbe: Was zeichnet Imitatoren und originäre Innovatoren aus?*, No. 03-37.

Mion, Giordano: *Spatial Externalities and Empirical Analysis: The Case of Italy*, No. 03-38.

Barrios, Salvador; Bertinelli, Luisito; Strobl, Eric: *Coagglomeration and Growth*, No. 03-39.

Peri, Giovanni: *Knowledge Flows, R&D Spillovers and Innovation*, No. 03-40.

Lutz, Stefan H.: *International Coordination of Quality Standards and Vertical Product Differentiation*, No. 03-41.

Beck, Martin; Fitzenberger, Bernd: *Chan-*

*ges in Union Membership Over Time: A Panel Analysis for West Germany*, No. 03-42.

Lauer, Charlotte: *Bildungspolitik in Frankreich*, 03-43.

Tykvová, Tereza: *Is the Behavior of German Venture Capitalists Different? Evidence from the Neuer Markt*, No. 03-44.

Ziegler, Andreas; Eberts, Elke; Schröder, Michael; Schulz, Anja; Stehle, Richard: *Multifaktormodelle zur Erklärung deutscher Aktienrenditen: Eine empirische Analyse*, No. 03-45.

Kaiser, Ulrich: *Strategic Complementarities Between Different Types of ICT-Expenditures*, No. 03-46.

Zwick, Thomas: *Works Councils and the Productivity Impact of Direct Employee Participation*, 03-47.

Jürgen Egel, Sandra Gottschalk, Christian Rammer, Alfred Spielkamp

### Spinoff-Gründungen aus der öffentlichen Forschung in Deutschland

In den vergangenen Jahren verschieben sich sowohl innerhalb der Industrie als auch innerhalb des Dienstleistungssektors die Strukturen hin zu den technologieorientierten und wissensbasierten Branchen. Diese Strukturverschiebung wird ganz wesentlich durch die Gründungsdynamik im Unternehmenssektor geprägt. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird der schnellen wirtschaftlichen Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen verstärkt Aufmerksamkeit gezollt. Die Gründung sogenannter akademischer Spinoffs – das sind neue Unternehmen, die aus Hochschulen oder öffentlichen Forschungseinrichtungen heraus gegründet werden – sind ein Weg, um Forschungsergebnisse, neue Methoden und wissenschaftliche Kompetenzen in den Unternehmenssektor zu transferieren. Über die quantitative Bedeutung solcher Spinoffs, mögliche strukturelle Besonderheiten oder ihre konkrete Anbindung an wissenschaftliche Institutionen ist bisher wenig empirisch fundiertes Wissen vorhanden. Diese Studie – sie basiert auf den Daten einer Erhebung bei mehr als 20.000 Neugründungen aus forschungs- und wissensintensiven Branchen – schließt einen Großteil der bestehenden Informationslücken für das Spinoff-Gründungsgeschehen in Deutschland.

*ZEW Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW, Band 68, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2003, ISBN 3-8329-0291-0*  
Dieses Buch können Sie über das Internet direkt beim Verlag bestellen: [www.nomos.de](http://www.nomos.de)

## ZEW-Termine

### ■ Expertenseminare

*Mitarbeitereinsatz im Ausland*, 27./28. Oktober 2003, ZEW-Gebäude

*Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren*, 29. Oktober 2003, ZEW-Gebäude

*Präsentationen individuell gestalten*, 3./4. November 2003, ZEW-Gebäude

*Wirtschaftsanalysen kompetent nutzen und durchführen*, 3./4. November 2003, ZEW-Gebäude

*Einführung in die Ökonometrie*, 6./7. November 2003, ZEW-Gebäude

*Computerkurs Stata*, 10. November 2003, ZEW-Gebäude

*Verrechnungspreise – Aktuelle Entwicklungen bei Dokumentation und Funktionsverlagerung*, 12. November 2003, ZEW-Gebäude

*Moderation von Besprechungen, Diskussionen und Projektgruppen*, 13./14. November 2003, ZEW-Gebäude

*Computerkurs EViews*, 17. November 2003, ZEW-Gebäude

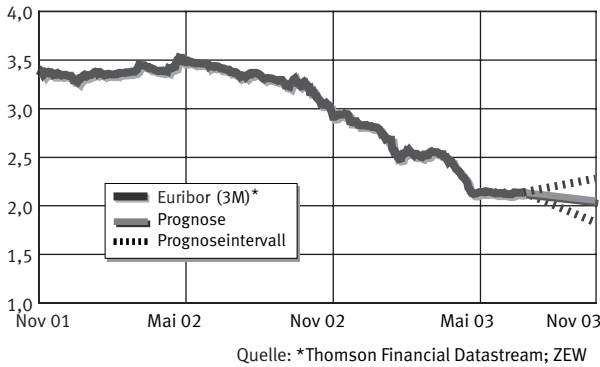
*Minimierung von Personalkosten*, 27./28. November 2003, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter [www.zew.de](http://www.zew.de)

Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## Daten und Fakten

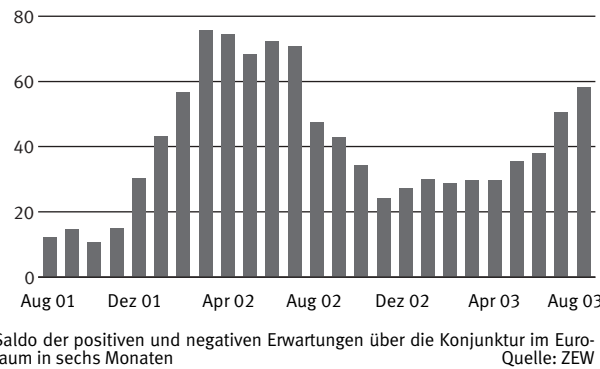
### ZEW-Finanzmarkttest im August



#### ECB-Watch: Das Zinstal scheint erreicht zu sein

Weniger als ein Viertel der Analysten glaubt an eine weitere Zinssenkung der EZB (Vormonat: 52,9 Prozent). Die große Mehrheit geht nun von vorerst gleich bleibenden Geldmarktzinsen aus. Aus den Umfrageergebnissen errechnet sich eine Prognose für einen fast unveränderten Dreimonats-Euribor im November von 2,1 Prozent. In der drastischen Veränderung der Zinserwartungen gegenüber dem Vormonat spiegelt sich die veränderte Einschätzung der konjunkturellen Perspektiven wider. Nach dem sprunghaften Anstieg der ZEW-Konjunkturerwartungen im Juli konnte der Indikator im August abermals deutlich zulegen. Vor diesem Hintergrund wird die Geldpolitik ihre Schleusen wohl nicht weiter öffnen.

*Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de*

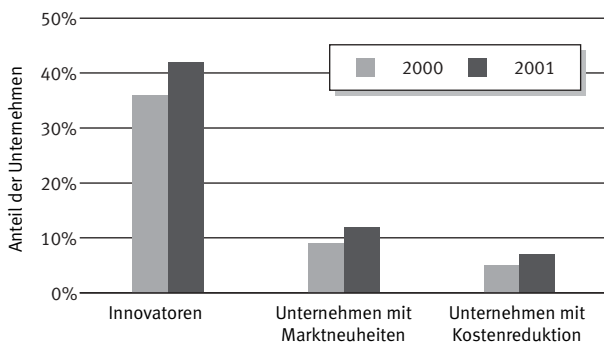


#### Euroraum: US-Indikatoren stimmen freundlicher

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum verbessern sich auch im August deutlich. Der Saldo der Optimisten und Pessimisten steigt von 50,5 Punkten im Vormonat auf 58,1 Punkte. Hintergrund des deutlichen Anstiegs dürften freundlichere Konjunkturindikatoren für die USA sein. Die US-Einzelhandelsumsätze haben im Juli stark zugelegt und signalisieren eine Belebung des für die US-Konjunktur so wichtigen Konsums. Zudem verringerte sich das US-Außenhandelsdefizit im Juni überraschend. Von der Belebung der US-Konjunktur dürfte auch die Konjunktur im Euroraum profitieren. Der Wettbewerbsnachteil eines starken Euros fällt vor diesem Hintergrund weniger stark ins Gewicht.

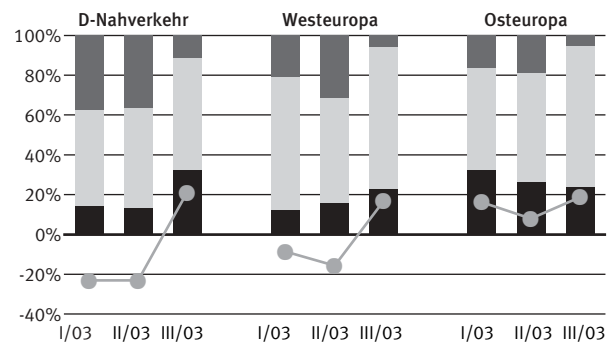
*Volker Kleff, kleff@zew.de*

#### Einzelhandel: Mehr Unternehmen mit Marktneuheiten



Der Anteil der Einzelhändler, die im Jahr 2001 Innovationen einführen, erhöhte sich von 36 auf etwa 42 Prozent. Vor allem qualitativ hochwertige Innovationen wurden von den Einzelhändlern eingeführt. So stieg der Anteil der Einzelhandelsunternehmen mit marktneuen Dienstleistungen von neun auf zwölf Prozent an. Marktneuheiten sind in diesem Zusammenhang neue Dienstleistungsangebote im Einzelhandel, zum Beispiel E-Commerce oder Hauszustellung, umfassen jedoch nicht den Verkauf von neuen Produkten. Auch der Anteil der Unternehmen mit Kosten senkenden Prozessinnovationen ist um zwei Prozentpunkte gestiegen (von fünf auf sieben Prozent).  
*Tobias Schmidt, schmidt@zew.de*

#### Schienengüterverkehr: Belebung durch die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe?



Erstmals seit dem dritten Quartal 2000 erwarten die Experten des GLS TransportmarktBarometers von Prograns/ZEW im dritten Quartal 2003, dass sich der nationale und der westeuropäische Schienengüterverkehr positiv entwickeln. Während der Saldo aus steigenden und sinkenden Erwartungen in den vergangenen drei Jahren im Allgemeinen pessimistisch ausfiel, stieg er in diesem Quartal auf 21 Prozent für den nationalen (+44 Prozent zum Vorquartal) und auf 17 Prozent für den westeuropäischen Verkehr (+32,5 Prozent zum Vorquartal). Die auf November datierte Einführung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe hat die Experten wohl beflügelt.  
*Georg Bühler, buehler@zew.de*



# standpunkt

## Wortwahl

**E**inmal mehr lehrt die aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion, welche verhängnisvollen Konsequenzen eine unzutreffende Benennung bestimmter ökonomischer Sachverhalte mit sich bringen kann. Dazu zwei Beispiele.

Im Zusammenhang mit den umlagefinanzierten Altersrenten ist regelmäßig von einer „Rentenversicherung“ und einem „Generationenvertrag“ die Rede. Das hat zur Folge, dass die derzeitigen Bezieher solcher Altersrenten es als Zumutung empfinden, einen Beitrag zur Stabilisierung des umlagefinanzierten Rentensystems zu leisten. Begründet wird diese Ablehnung mit dem vermeintlichen Versicherungscharakter dieses Regelwerkes in dem Sinne, dass man sein Leben lang Beiträge für seine Altersrenten entrichtet und nun einen Anspruch auf ungeschmälerter Auszahlung habe, wie es bei Eintritt des Versicherungsfalles nun einmal üblich sei. Die Wortwahl „Rentenversicherung“ nährt diesen fundamentalen Irrtum. Das umlagefinanzierte Finanzierungssystem der Altersrenten ist alles andere als eine Versicherung. Die Generation der Beitragszahler finanziert bekanntlich die Renten der Pensionäre, aber diese Beiträge begründen keinen Anspruch auf spätere Altersrenten. Vielmehr werden sie in der Hoffnung aufgebracht, die nächstfolgende Generation werde sich dieses Finanzierungssystem zu eigen machen. Solche Erwartungen mögen nicht völlig unberechtigt sein, aber dies einen „Generationenvertrag“ zu nennen, entbehrt nicht einer gewissen Kühnheit. Juristen wird ob dieser Begrifflichkeit ein mulmiges Gefühl beschleichen. Denn ein solcher „Generationenvertrag“ stellt letztlich einen Vertrag zu Lasten Dritten dar, der nächsten Generation nämlich, und solche Verträge sind nach herrschender Rechtsauffassung unwirksam, mitunter sogar sittenwidrig. Die nächsten Generationen akzeptieren diesen „Generationenvertrag“ vielleicht nicht vollumfänglich, sondern weichen ihm teilweise aus. Schließlich handelt es sich um die „Erbgeneration“, welche vor dem Hintergrund des ererbten Vermögens eher in der Lage sein wird, ihr Arbeitsangebot zu reduzieren, ohne ihre Lebensführung einschränken zu müssen. Der damit

möglicherweise einhergehende Verzehr des Vermögens mag vielleicht nicht im Sinne der Erblasser sein, stellt indes ein bekanntes Phänomen dar.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Der derzeitigen Rentnergeneration geht es so gut wie noch nie und wie nie wieder, sodass auch von ihr jetzt ein Beitrag zur Stabilisierung des umlagefinanzierten Systems verlangt werden kann. Es geht vielmehr darum, wie schwierig es die falsche Wortwahl „Rentenversicherung“ macht, diesbezüglich um Verständnis zu werben.

Ein anderes bekanntes Beispiel bildet das beliebte Adjektiv „strukturell“, also etwa im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit oder öffentlichen Haushaltsdefiziten. Gemeint ist in beiden Fällen „nicht konjunkturbedingt“, aber selbst mit einer solchen Benennung ist eigentlich nicht viel gewonnen, weil die Fehlentwicklungen als solche verniedlicht werden, indem ihre Ursachen unausgesprochen bleiben. Dagegen erscheinen Termini wie „Arbeitslosigkeit auf Grund von Funktionsstörungen auf Arbeits- und Gütermärkten“ oder „Haushaltsdefizit auf Grund einer unsachgemäßen Finanzpolitik“ zwar etwas umständlich. Sie besitzen jedoch den unschätzbaren Vorteil, dass sie sofort die Frage provozieren, welche Funktionsstörungen denn konkret gemeint seien und wie eine sachgemäße Finanzpolitik denn hätte gestaltet sein müssen, womit dann die „üblichen“ (sic!) Verdächtigen am Pranger stehen, also eine beschäftigungsfeindliche Lohnpolitik und ein unzureichender Subventionsabbau, um nur zwei Kandidaten anzuführen. Die Verwendung von „strukturell“ birgt die Gefahr des falschen Eindrucks (der jedoch nicht immer und überall unwillkommen sein mag), den entsprechenden Fehlentwicklungen sei wenig beizukommen, denn schließlich seien sie ja „strukturell“.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher